

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 09/52. Jahrgang

September 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021 (III/III)*



Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte –



für Klassensolidarität!



Henning Mächerle, Direktkandidat für die DKP Gießen (Bild: Gießener Allgemeine)

- **Verteidigen wir die demokratischen Grundrechte**
- **Kein Bundeswehreininsatz im Innern**
- **Gegen den Ausbau von Überwachung und Repression**
- **Hände weg von der VVN-BdA: Antifaschismus ist gemeinnützig**
- **Für das Recht auf politischen Streik**
- **Klassensolidarität statt Spaltung – Es gibt keine Sozialpartnerschaft!**

Die massiven Angriffe auf die Arbeiterklasse, Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, unsere Daseinsvorsorge und die Kriegspolitik müssen abgesichert werden. Protest soll unterbunden werden. Man braucht die geschlossene Heimatfront: Die Ziele der Herrschenden werden den Beherrschten als die ihren verkauft. Das passiert durch eine ideologische, nicht zuletzt anti-kommunistische Offensive, die Medien, Bildung und Kultur zunehmend instrumentalisiert. Teile der Arbeiterklasse werden eingebunden, Widerstand wird diffamiert und

durch den Abbau demokratischer Rechte klein gehalten.

Im Schatten der Corona-Pandemie wurden die Grundrechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, aber auch das Streikrecht massiv beschnitten. Überwachung und Schnüffelei in sozialen Medien wurden ausgebaut sowie Polizeigesetze verschärft. Die Arbeit antifaschistischer und demokratischer Organisationen, wie die der VVN-BdA, wird erschwert bis unmöglich gemacht. Der Bundeswehreininsatz im Innern – zum Beispiel durch Amtshilfe in den kaputtgesparten Gesundheitsämtern

– soll zur Normalität werden. Wir erleben eine umfassende Rechtsentwicklung, einen reaktionären Staatsumbau, zur Sicherung der Herrschaft der Monopole.

Die Arbeiterklasse wird jeden Tag aufs Neue von den Herrschenden gespalten. Stammebelegschaften werden gegen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Kolleginnen und Kollegen mit Werkverträgen ausgespielt. Beschäftigte sollen in Erwerbslosen ihren Feind sehen, deutsche in ausländischen Kolleginnen und Kollegen; Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen.

Dieser Spaltung müssen wir entgegenwirken. Es ist höchste

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Elektroautos /	
Profite mit Impfstoff	S. 2
Afghanistan	S. 3
Magistrat: Spaß für den Profit / Stadtwerke /	
Leserbrief	S. 4
Gesundheit ist eine Systemfrage / Innenstadt ohne Autos?	S. 5
Kampf bei Bosch in Lollar /	
Roos in Rödgen	S. 6
Beerdigung des Kapitalismus / Matratze d. Monats	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1

Zeit, dass sich die Arbeiterklasse formiert und geeint gegen die Angriffe des Kapitals zur Wehr setzt. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften, die die Interessen der ganzen Klasse vertreten; Gewerkschaften, die nicht nur um höhere Löhne kämpfen, sondern auch für Frieden, gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus und den Abbau demokratischer Rechte. Wir brauchen Gewerkschaften, die

die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen führen. Die Ideologie der Sozialpartnerschaft muss zurückgedrängt werden. Dafür setzen wir uns als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein.

Weitere Informationen:

www.dkp.de/wahlen

* Teil I und II der Kernaussagen der DKP siehe Gießener Echo Juli und August: www.giessen.dkp.de

DKP-Wahlspot unter

<https://www.unsere-zeit.de/wahlspot-dkp-die-antikriegspartei-159778/>



Sind Elektroautos CO₂ - Schleudern?

Der Multimilliardär Elon Musk macht mit den meisten seiner Unternehmen Verluste oder nur geringe Gewinne. Aber eine Profitquelle ist sicher: Etwa 1,5 Mrd. Dollar Gewinn er im vorigen Jahr mit dem Handel von CO₂-Zertifikaten. So absurd es klingt: Der Produzent von Elektroautos verkauft für das durch diese Fahrzeuge angeblich eingesparte CO₂ Verschmutzungsrechte an andere Autofirmen – diese dürfen dann Abgasschleudern wie SUVs vertreiben, die deutlich mehr Klimagase ausstoßen als durch die jeweilige nationale Gesetzgebung zulässig.

Ähnliches gilt für deutsche Auto-konzerne - für jedes Batterieauto können sie einen SUV produzieren, der doppelt so viel CO₂ ausstößt wie der z. Zt. zugelassene Durch-

schnittswert. Bei dieser Regelung wird so getan, als würden elektrisch betriebene Fahrzeuge emissionsfrei fahren. Das ist natürlich Unsinn. Sowohl bei der Herstellung der Batterie



als auch bei der Stromerzeugung wird CO₂ frei, nur nicht am Auspuff, sondern in den Fabriken und Kraftwerken. Nach glaubhaften Rechnungen erzeugen größere E-Autos beim derzeitigen Stand der Technik

mehr Treibhausgas pro Kilometer als sparsame Verbrenner. Bei der Produktion sind diese Autos alles andere als umwelt- und klimafreundlich. Sie werden ja nicht dort hergestellt, wo früher schon Fahrzeuge produziert wurden, sondern in neuen Fabriken mit großem Flächen- und Ressourcenverbrauch. Auch Batteriewerke entstehen nicht auf dem Gelände ungenutzter Raffinerien, sondern auf neu erschlossenem Land. Immer mehr Flächen werden somit versiegelt, wozu wiederum Beton und Baustahl verbraucht werden. Auch der sogenannte "Grüne Kapitalismus" zerstört Umwelt und Klima – nur eine gesamtgesellschaftliche Planung könnte daran etwas ändern.

Gernot Linhart

Milliardenprofite mit Impfstoff

Biontech, bis vor der Corona-Pandemie ein kleines, vor allem mit staatlichen Geldern und Erkenntnissen aus der Universitätsforschung arbeitendes Labor, hat laut *Handelsblatt* im zweiten Quartal diesen Jahres bei 5,3 Mrd. Euro Umsatz einen Nettogewinn von 2,8 Mrd. Euro gemacht (zum Vergleich: im zweiten Quartal 2020 nur 41,8 Mio. Euro Umsatz). Trotz dieser ungewöhnlich hohen Gewinnspanne wurde der Abgabepreis bei Neuverträgen um 30% erhöht. Für dieses Jahr peilen Biontech und der kooperierende Pfizer-Konzern einen Gewinn von 33,5 Mrd. Euro an. In den Lieferverträgen ist zudem festgehalten, dass schädliche Spätwirkungen der Impfung noch nicht bekannt, aber

möglich sind, der Lieferant aber von jeder Haftung befreit ist – er braucht aus dem Profit also keine Rücklagen für Spätschäden zu bilden.

Außerdem kann der Produzent entscheiden, in welche Länder sein Produkt geliefert werden darf. Spenden an andere Länder sind nur mit Zustimmung möglich. Offensichtlich hat die Pharmaindustrie Interesse daran, dass die Pandemie in den armen Ländern nicht eingedämmt wird. Dadurch erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, dass noch gefährlichere Mutationen entstehen und in die Industrieländer eingeschleppt werden: das Milliarden-geschäft ist auf Jahre gesichert. So funktioniert Kapitalismus: Für hohe Profite gehen die Konzerne über

Leichen. Gesetzlich wäre es möglich, Patente für Impfstoffe aufzuheben, weltweit Produktionsstätten zu gründen und dort genügend Serum für alle zu produzieren. Dazu aber müsste die Macht der Großkonzerne gebrochen werden.

Gernot Linhart



In Afghanistan haben NATO und USA mehr verloren als einen Krieg Ende der Überlegenheit

Es ist eine Niederlage von epischen Dimensionen. In Afghanistan ist weit mehr für den „Westen“ verlorengegangen als der 40-jährige Krieg um das Land. Das Chaos beim fluchtartigen Abzug der Truppen, bei der Evakuierung der Botschaften und der Mitnahme der Kollaborateure ist nur das äußere Anzeichen eines tiefen Verfalls. Dieser Verfall umfasst, neben dem der operativen militärischen Macht des „Westens“ auch einen Verfall der Integrität seiner politischen Eliten, ihrer strategischen Fähigkeiten sowie den der Erzählung von der Überlegenheit der liberalen, wertebasierten Ordnung, von Demokratieexport und Nation-Building. Der Sieg der Taliban in nur elf Tagen macht überdeutlich: Die Afghanen, die Menschen der gesamten Region, haben vom hochgepriesenen „Wertewesten“ mit seinen Drohnenangriffen, den Bombenkampagnen, den nächtlichen Razzien, den „extralegalen Tötungen“ und der CIA-Heroin-Rattenlinie wortwörtlich „die Schnauze voll“.



Die Bundeswehr war von Anfang an dabei. Unvergessen der damalige Kriegsminister Peter Struck, der sich nicht entblödete, die „Sicherheit Deutschlands“ auch „am Hindukusch“ verteidigen zu wollen. Das war natürlich ebenso Unsinn wie das Bohren von Brunnen, der Bau

von Mädchenschulen oder die anderen PR-Plattitüden. Hätte man Afghanistans Weg in die Moderne unterstützen wollen, hätte man 1979 nicht das islamistische Mittelalter, sondern, wie die Sowjetunion, die Saur-Revolution unterstützen müssen. In dieser kurzen Phase gab es tatsächlich so etwas wie einen Lichtblick: Die Hoffnung, die postfeudalen Machtstrukturen hinter sich zu lassen und in ein neues demokratisches, modernes, prosperierendes Gesellschaftssystem mit Gleichberechtigung der Geschlechter, mit einer wirklichen Landreform und der Vergesellschaftung der Infrastruktur und Basisökonomien aufbrechen zu können. Diese Chance ist in den 1980er Jahren durch die CIA-Operation „Cyclone“ zerstört worden – in Zusammenarbeit mit den Erreaktionären Pakistan, Saudi-Arabien und Israel. Der US-Krieg gegen Afghanistan begann nicht 2001, sondern 1979. „Operation Cyclone“ hat nicht nur die Saur-Revolution zerstört, sondern auch die Taliban, Al-Kaida und den IS produziert und hochgerüstet. Sie wurden überall dorthin exportiert, wo der islamistische Terror gebraucht wurde, wie in Syrien, Libyen, Irak oder Bosnien-Herzegowina. Zwischen US-Terrorbekämpfung und US-Terrorförderung besteht ein zynisches Doppelspiel.

Nicht nur die Kriegsverbrecher Ronald Reagan, George W. Bush, Barack Obama und Tony Blair haben massenhaft Blut an den Händen, auch Gerhard Schröder und Angela Merkel stecken knietief im afghanischen Kriegssumpf. Hunderttausende sind ermordet

worden. Auch Frauen, auch Kinder, deren unglückliche Zukunft nun mit Krokodilstränen beweint wird. Das Morden am Hindukusch hat nicht mit dem Einzug der Taliban in Kabul vor wenigen Tagen begonnen, wie die „westliche“ Propagandamaschine uns nun glauben machen will, sondern vor vierzig Jahren mit der Erschaffung des islamistischen Monsters.



Die imperiale Kriegsmaschine hat ein Leichen- und Trümmerfeld hinterlassen. Was Afghanistan, was die gesamte vom „War on Terror“ gebeutelte Region braucht, ist ein konstruktives Aufbauprogramm. Russland und China bemühen sich seit geraumer Zeit intensiv um einen pragmatischen Neuanfang, der verhindern soll, dass Afghanistan zerfällt und wieder einen Rückzugsraum für den Terror bietet. Dieser Ansatz bietet die Chance auf Einbeziehung des Landes in die eurasische Integration, die Shanghai-Kooperation, in das Seidenstraßenprojekt und in viele andere Aufbau- und Sicherheitsstrukturen. Ökonomische, technologische und soziale Entwicklung ist immer noch die beste Möglichkeit, für Sicherheit und Fortschritt am Hindukusch zu sorgen.

Klaus Wagener
aus UZ vom 27.08.2021
www.unsere-zeit.de

**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
**Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**



Die Print- und Online-
Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

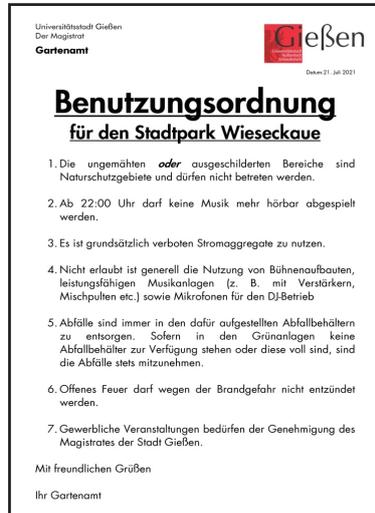
Magistrat: Spaß für den Profit erlaubt – Spaß für Jugendliche verboten

Mit „Spaß beim Bierfest“ bejubelte die *GießenerAllgemeine* die Alkoholsause unter Leitung des „Strandbar“-Pächters Trageser. Die Stadtverwaltung Gießen hatte dieses „Kulturfest“ mit 15 Euro Eintritt nun zum dritten Mal genehmigt. 3.500 Besucher an drei Tagen sollen es gewesen sein.

Nun haben wir nichts gegen Feiern. Wenn aber der Krach (zudem niveaulos und sexistisch) aus Lautsprecherboxen neben einem Landschaftsschutzgebiet beginnt und weit nach 22 Uhr im entfernten Eichendorffring von der Bevölkerung als störend empfunden wird, ist es mit dem Verständnis vorbei.

Bedenklich ist in diesem Zu-

sammenhang auch, dass das Gartenamt kürzlich eine „Benutzungsordnung“ für die Wie-



seckau gegen die Vergnügungen von Jugendlichen beschlossen hat. Für sie sollte der Spaß aufhören! Verboten wurden „die Nutzung von Bühnenaufbauten, leistungsfähigen Musikanlagen ... sowie Mikrofonen für den DJ-Betrieb“ und von Stromaggregaten. Im Interesse des Naturschutzes sind diese Verbote sinnvoll. Der Getränkelobby werden aber seit Jahren von ihren politischen Helfern großzügige Ausnahmen eingeräumt.

Wir fordern, dass sich die Stadt zu einer sinnvollen Jugendpolitik durchringt und die Jugend nicht durch Verbote in die Hände von Eventmanagern der Getränkeindustrie treibt.

M. Berger

Stadtwerke – Preisexplosion beim Erdgas

Die Stadtwerke Gießen (SWG) haben ab dem 01.08. die Preise für Erdgas massiv erhöht – je nach Verbrauch liegt der Preissprung zwischen 23 und 28%. Als Grund geben sie die neu eingeführte CO₂-Steuer an sowie angeblich gestiegene Einkaufspreise. Diese Einkaufspreise waren in den letzten Jahren mehrfach gefallen, was jedoch nie ein Grund für Preissenkungen war. Auch die CO₂-Steuer macht weniger als die Hälfte der Erhöhung aus.



Die Ankündigung kam zudem kurzfristig, sodass den Kunden wenig Zeit blieb, um nach Alternativen zu suchen. Man konnte alte und neue Preise auch nicht direkt vergleichen, sondern musste dazu alte Unterlagen herausuchen. Nach eigenen Angaben haben die SWG jedoch nicht nur lokale Kunden, sondern auch Großkunden in weiterer Entfernung. Deren Tarife werden

nicht veröffentlicht – man kann sich jedoch sicher sein, dass die Preissteigerungen für Großkunden ganz anders aussehen. Sie würden sofort den Versorger wechseln, wenn anderswo das Gas auch nur 0,1 Cent billiger angeboten würde. Von den Privatkunden haben etliche trotz der kurzen Frist den Versorger gewechselt.

Private Anbieter verkaufen die Energie um bis zu 20% billiger. Das lässt an einer kundenfreundlichen Preisgestaltung der SWG zweifeln, denn die privaten Versorger haben ja keine eigenen Gasquellen, sondern kaufen bei den gleichen Konzernen. Können sie besser verhandeln, haben sie geringere Kosten?

Die neue Magistratskoalition von Grünen, SPD und Gießener Linken hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, die Preisgestaltung der kommunalen Betriebe besser zu kontrollieren. Wollten die SWG nochmal richtig zuschlagen bevor die Koalition handlungsfähig ist, um die Millionengewinne für die nächsten Jahre zu sichern? Das zu überprüfen, wäre eine lohnende Aufgabe für die zuständigen Parteienvertreter.

Gernot Linhart

Leserbrief: Verwirkt

Seit Monaten wird die Thematik „Impfpflicht“ in der Gesellschaft vehement diskutiert. Dass Sanktionen im Gesundheitswesen etc. im Falle von Impfverweigerern die Folge sind, dürfte doch unbestritten sein. Einem Irrglaube aber unterliegt jenes Klientel, wenn es sich auf die verfassungsrechtlichen Grundrechte beruft. Allerdings ist die Lebenswirklichkeit in unserer freiheitsliebenden Gesellschaft hinlänglich bekannt, wer andere gesundheitlich tangiert oder gefährdet, hat sein eigenes Freiheitsrecht verwirkt!

Die Diskussion trägt hier im Kapitalismus noch weitere perverse Blüten. So sollen in NRW laut „Iserlohner Kreisanzeiger“ wegen der zunehmenden Impfmüdigkeit die Vakzine vernichtet werden, während in anderen Ländern und Kontinenten Menschen wegen Mangel an diesen Impfstoffen massenhaft sterben müssen!

Uwe Moldenhauer



Gute Gesundheit ist eine Systemfrage

Während das Gesundheitssystem in Deutschland weiter privatisiert wird, bleibt die Gesundheitsversorgung der kubanischen Bevölkerung eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution. Die Grundidee, dass eine Demokratie zuerst über Nahrung, Gesundheit und Bildung



system ist auch abseits dieser Zahlen einen Blick wert. Neben Polikliniken und allgemeinen und spezialisierten Krankenhäusern setzt es auf wohnortnahe Versorgung, mit Familienarztpraxen und dem Medizinpersonal der Universitäten und Großbetriebe. Vor der Revolution hatten 84,6% der ländlichen Bevölkerung keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Diese existiert nun flächendeckend - ohne Versicherungen, also ohne die Prämisse, Geld aus menschlicher Gesundheit schlagen zu müssen.

Ein System, das tatsächlich das Wohl der Bevölkerung im Auge hat, hat andere Anreize, Krankheiten zu vermeiden, als ein System, das damit Geld verdient. So ist Kuba in Südamerika Vorreiter bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, bei Impfungen und bei der Aufklärung. Kuba hat die höchste Lebenserwartung (ca. 78 Jahre) und die geringste Kindersterblichkeit (ca. 0,5%) Lateinamerikas erreicht.

Trotzdem steht in Zeiten von Wirtschaftskrise und verschärfter

US-Blockade das kubanische Gesundheitssystem vor Herausforderungen, wenn es um zu importierende Medizinprodukte geht. Umso bemerkenswerter sind die Akte der Solidarität, in denen Kuba Personal zur Bekämpfung von Naturkatastrophen und zur Pandemiebekämpfung zur Verfügung stellt.

Trotz seiner brisanten Situation forscht das Land an fünf COVID-19-Impfstoffen, wobei logistische Schwierigkeiten ärmerer Länder (Kühlung von Impfstoffen) berücksichtigt werden. Schon Ende Mai waren 10% aller Kubaner und 80% des medizinischen Personals erstgeimpft.

Betrachten wir das kubanische Gesundheitssystem, können wir in Deutschland lernen, dass überfüllte Krankenhausbetten, Personal-mangel, beschissene Arbeitsbedingungen und Wartezeiten beim Hausarzt oder in der Notaufnahme nicht aus Sachzwängen geboren sind, sondern im Wesen unseres Systems liegen.

Jurek



verfügen muss, hat dazu geführt, dass Kuba inzwischen das Land mit der weltweit höchsten Ärztedichte (1/122; Deutschland: 1/231) ist.

Das kubanische Gesundheits-



**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfer statt...

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Innenstadt ohne Autos?

Nach dem Koalitionsvertrag von Grünen, SPD und Gießener Linke soll die Innenstadt, also das Gebiet innerhalb des Anlagenrings, von überflüssigem Autoverkehr befreit werden. Der im Zuge dessen beschlossene Verkehrsversuch (Anlagenring mit zwei Autospuren weniger) soll dann für neue Erkenntnisse genutzt werden.

Ich persönlich habe große Zweifel, dass dieser Versuch zu neuen Erkenntnissen führt, zumal bis jetzt nicht klar ist, wann er stattfinden soll. Angekündigte notwendige Baustellen spielen in dieser Frage eine Rolle.

Dabei gäbe es einfache Möglichkeiten, den Autoverkehr (immer auf der Suche nach Parkplätzen) zu verringern. Am Anlagenring befindet sich eine große Anzahl Parkhäuser mit einigen tausend Parkplätzen. Warum nicht den die Innenstadt umschließenden Anlagenring als Verteiler nutzen, um dann entsprechend die Parkhäuser anfahren zu können? Natürlich sind dann Straßen wie Dammstraße, Walltorstraße, Neuen Bäume, Goethestraße/Johannisstraße und Reichensand nur noch für Anwohner und Lieferanten befahrbar. Auch die ganzen Kurzparkplätze innerhalb

des Anlagenrings müssten dann wegfallen! Wer schon einmal abends in der kleinen netten Pizzeria am Brandplatz im Biergarten gegessen hat, merkt schnell, dass Autofahrer für jeden freien Parkplatz Runde um Runde drehen.

Leider fehlt im Koalitionsvertrag der Einstieg in den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Als erste Maßnahme wäre für mich ein Shuttleverkehr vom Parkplatz Ringallee oder auch den Hessenhallen direkt in die Innenstadt denkbar.

Fazit Koalitionsvertrag: wir wollen viel, aber wenig konkretes!

Helmut Appel

Kampf um Arbeitsplätze und -bedingungen Gewerkschafter:innen in Lollar sind zu allen Mitteln bereit

Auch knapp zwei Monate nach der Verkündung des geplanten Verkaufs der alten Buderus-Gießerei in Lollar werden die Arbeiter:innen von der Kapitaleseite über die konkreten Konditionen im Dunklen gelassen. Man munkelt, es gäbe viele Interessenten und auch, dass in der BOSCH-Zentrale - die das alte Buderus-Werk mittlerweile aus Stuttgart dirigiert - schon vor einem halben Jahr über den Verkauf geredet worden sei.

Die Belegschaft formiert sich derzeit und die gewählten Delegierten aller Standorte schreiben in ihrem Flugblatt "Verschlechterung der Arbeitsbedingungen? Nicht mit uns!", "Reduzierung der Arbeitsplätze? Nicht mit uns!" Und weiter: "Wir werden unsere Stärke nutzen und alle Mittel einsetzen."

Und genau das wird nötig sein,



um die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen am Standort zu halten. Das beste Mittel, um diesen Abwehrkampf zu führen, ist der Streik. Die Kapitaleseite kennt nur ökonomische Kennziffern und wenn sie ihre Profite gefährdet sehen, sind sie bereit am Verhandlungstisch Zugeständnisse zu machen. Unsere Stärke ist, dass die Kapitalisten auf unsere Arbeit angewiesen sind. Entziehen wir ihnen diese, tut es ihrer Geldbörse weh. Sie brauchen uns. Wir brauchen sie langfristig nicht!

Diesen ständigen Kampf gegen

Arbeitslosigkeit, schlechtere Löhne und längere Arbeitszeiten werden wir nur beenden, wenn wir mit der kapitalistischen Produktionsweise brechen. Solange die einen die Fabriken besitzen und unsere Arbeitskraft als Ware kaufen und verkaufen, werden wir in Zukunftsangst und Konkurrenz leben müssen. Vergesellschaften wir die Betriebe und brechen wir mit der Diktatur des Kapitals und lassen stattdessen demokratisch entscheiden was, wann und wie produziert wird, würden wir uns dann noch gegenseitig zur Ware machen und verkaufen? Ich denke nicht. Deswegen hängt der Abwehrkampf unmittelbar mit dem Kampf um eine befreite Welt zusammen.

Tobias Salin

Für die Roos und unser Überleben

Der Widerstand gegen den Bebauungsplan "In der Roos" und das Bemühen für den Erhalt der Wiesen und Gärten mitten in Rödgen sind symptomatisch.

Trotz jahrzehntelanger Bekundungen höchster Stellen das Ausmaß der Bodenzerstörung – verarmend „Versiegelung“ genannt – deutlich zu senken, hängen die Verantwortlichen ihren im Grunde unambitionierten Zielen weit hinterher. Z. Bsp. hat der RP Gießen etliche Gemeinden an der A5 aufgefordert weitere große Gewerbeflächen auszuweisen. Das lässt befürchten, dass für Beton und Asphalt noch viele hundert Hektar Äcker und Weiden geopfert werden – eine zukunftsverbauende Aussicht.

Weniger Boden bedeutet be-



schleunigtes Artensterben durch Zerstörung und Zerschneidung von Biotopen, sinkenden Grundwasserspiegel, schlechtere Wasserqualität, stärkeres Hochwasser, höhere Temperatur vor Ort, und auch steigende Preise für landwirt-

sondern auch schon den jetzt lebenden. Wohnraum lässt sich schaffen, ohne weiter Boden zu vernichten!

Möge die Roos ein Wendepunkt im Umgang mit der Lebensgrundlage Boden sein.

Fusl

Unterschreibe den Offenen Brief für ihren Erhalt auf [openpetition: die-roos-soll-fuer-immer-bluehen](#).

schaftliche Pacht. Was bringen noch mehr exklusive Einfamilienhäuser, Straßen, Parkplätze, Logistikzentren, wenn wir die Erde damit unbewohnbar machen? Ein "Weiter-so" ist nicht nur künftigen Generationen gegenüber unfair,



Abschied vom Kapitalismus

"Liebe Trauergemeinde, wir kommen heute hier zusammen, um die Überreste des Kapitalismus beizusetzen", schallt es durch den Seltersweg, als die *Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen* (ARAG) symbolisch einen Sarg von der Löwengasse bis zum Kugelbrunnen trägt.

Den Aktionstag „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ nimmt die ARAG zum Anlass, um den Kapitalismus in einem politischen Theater zu beerdigen – doch wie ist der überhaupt gestorben?



„Barbarische, systemfeindliche Schergen haben den Kapitalismus durch eine Revolution zur Strecke gebracht“, leitet der Pfarrer die Trauerfeier ein. Er stellt fest, dass der Verlust des Kapitalismus die Kirche tief ins Mark getroffen hat. Anschließend spricht das Patriarchat und berichtet darüber, wie es die Produktionsarbeit des Kapitalismus durch die unbezahlte



Haus- und Sorgearbeit sicherstellte. Verunsichert darüber, wie es nun ohne den Kapitalismus fortbestehen soll schluchzt es: „Es ist eine Schande, dass er so früh von uns gehen musste, wir hätten eine rosige Zeit vor uns gehabt“. Festen Schrittes tritt nun der Faschismus ans Mikrofon. Er betont die gute, internationale Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus. Vor allem würdigt er die Zeit, in dem seine faschistische Partei in der Weimarer Republik vom Kapital an die Macht gebracht wurde: „Die Schwerindustrie finanzierte meiner NSDAP einen Wahlkampf mit Geldmitteln, von denen jede Partei nur träumen konnte!“. Anschließend beendet der Pfarrer die Trauerfeier mit einer deutlichen Botschaft an diejenigen, die den Kapitalismus ermordeten: „Oh wahrlich, für diese frevelhafte Brut hast du Herr die engsten Kreise der Hölle bestimmt“. Plötzlich taucht ein ungebetener Gast auf der Trauerfeier auf: die

Revolution. Stolz verkündet sie ihre Heldentat und versichert zudem, dass der Faschismus ohne seinen großzügigen Spender keine Chance mehr hat und das Patriarchat ohne seine ökonomische Basis beseitigt wird. „Dies ist wahrlich kein Tag der Trauer, dies ist ein Tag zum Feiern und Jubeln. Lasst uns gemeinsam auf dem Grab des Kapitalismus tanzen, lasst uns den Sozialismus aufbauen! Lasst uns singen! Lasst uns tanzen!“.

Clara Roth, ARAG 

Anmerkung: ARAG wird das politische Theater auf dem Sommerfest der DKP am 11.09. in Buseck aufführen (siehe Termine Seite 8)



Matratze des Monats



Wir danken für die Zusendung von einem anonymen Künstler

Jeder bürgerliche Klassenstaat ist ein Herrschaftsinstrument einer Minderheit über die Mehrheit, so auch der deutsche, us-amerikanische, französische, israelische usw. Die Matratze antwortet auf eine pro-israelischen Parole der sogenannten Antideutschen. Sie entlarvt die Solidarität mit Israel als eine Solidarität mit der herrschenden Klasse Israels. Der israelische Klassenstaat ist nicht Ausdruck der Interessen der israelischen Bevölkerung, geschweige denn der der Jüdinnen und Juden. Er ist nicht der Ausdruck der Interessen der israelischen lohnabhängig Beschäftigten, er ist der Staat der israelischen bürgerlichen, minoritären Herrschaft, der israelischen KapitalistInnen, Generäle und Bosse.

Termine

**03.09., 17.09. und 01.10.2021
ab 19 Uhr**

Stammtisch der DKP Gießen -
bei Interesse bitte Mail an
giessen@dkp.de

**04., 11., 18. und 25.09.2021
ab 10:30 Uhr:**

Infostand der DKP Gießen,
Kreuzplatz / Kugelbrunnen

05.09.2021 um 9 Uhr

Fahrt zur Menschenkette in
Büchel - wer mitfahren möchte,
bitte Mail an giessen@dkp.de,
siehe auch
www.friedenskooperative.de



11.09.2021 ab 15 Uhr

Revolutionäres Sommer-
fest der DKP Hessen in
der Nähe von Buseck
"Mit den **Roten** im **Grünen**
feiern".



Für mehr Informationen bitte
Email an giessen@dkp.de



23.09.2021 um 18 Uhr:

Bildungsabend - Büro der
Linken, Marktplatz 2

29.09.2021 um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen,
Büro der Linken, Marktplatz 2

30.10.2021 von 9:30 - 17 Uhr:

Seminar "Gute Artikel für
kommunistische Kleinzeitungen"
- Anmeldung: giessen@dkp.de

**Redaktionsschluss
für das Oktober-Echo:
Mi., 29. September**

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** war eine Erhöhung der Elternbeiträge für einen Kindergartenplatz der Aufmacher. Die Beiträge waren damals nach dem Einkommen gestaffelt, der höchste Satz sollte von 40 auf 91 DM erhöht werden. Viele Eltern mussten 5% ihres Einkommens für einen Platz im Kindergarten aufbringen. Es gab viel zu wenig Kindergartenplätze. Anscheinend wollte die Stadt mit der Verteuerung die Zahl der Anmeldungen verringern - statt mehr Plätze zur Verfügung zu stellen.

Vor **40 Jahren** legte die US-Armee in der Wieseckau eine Startbahn für Flugzeuge an und nutzte sie während eines Manövers, um Soldaten und Material ein- und auszufliegen. Laut dem Truppenstatut war es möglich, Privatgelände ohne Zustimmung der Eigentümer zu nutzen. Während des dreiwöchigen Manövers gab es entgegen den Zusagen auch viele Nachtflüge und weitere negative Folgen: Auf der Autobahn bei Mücke fuhr nach einem schweren Unfall ein beteiligter Panzer einfach weiter. Im Krofdorfer Forst beim Waldhaus kippte ein Tankwagen um, 10.000 Liter Dieselöl versickerten.

Vor **30 Jahren** berichteten wir über Wohnungsnot und hohe Mieten. Abgedruckt war eine Anzeige, in der eine 1½-Zimmer-Wohnung, 36 qm, für eine Kaltmiete von 630 DM angeboten wurde.

Vor **25 Jahren** waren die Sparmaßnahmen des Kultusministers Holzapfel (SPD) ein Thema. Im kommenden Schuljahr wurde die

Zahl der Schulstunden verringert und die Wochenstunden für Lehrer erhöht. Außerdem sollten Eltern und ältere Schüler Arbeiten in Schulen (Reinigung, Mittagsbetreuung, Bibliothek) übernehmen. Gleichzeitig gab es viele arbeitslose Junglehrer.

Vor **20 Jahren** strebte der Sozialabbau durch die SPD/Grüne-Regierung einem Höhepunkt zu. Nach einer Rentenreform, die eine massive Rentenkürzung war, kam eine Gesundheitsreform dran – Eigenbeteiligung an den Krankheitskosten und Reduzierung der Kassenleistungen. Die Schröder/Fischer-Regierung verwirklichte Schandtaten, die bei der CDU nie gegen Gewerkschaften und Sozialverbände möglich gewesen wären.



Vor **10 Jahren** machten wir darauf aufmerksam, dass in der neu entstandenen Branche „Alternative Energien“ oft frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse herrschten. Mitbestimmung, Betriebsräte, Tarifverträge – all das lehnten viele der Gründer ab. Man gehörte ja zu "den Guten", da mussten die Beschäftigten zu Opfern bereit sein, Hauptsache für die Investoren stimmte die Kasse.

G.L.

Lösung des Kreuzworträtsels im August-Echo: **TROTZ ALLEDEM**

Gießener Echo

**Bitte die Abgebühren
bezahlen und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46
Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an:

Gießener Echo,
Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de